



Dr. Birgit Reinemund
Vorsitzende des Finanzausschusses des
Deutschen Bundestages
Kommunalpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion



Postanschrift

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 73651
Fax: 030-227 76652
birgit.reinemund@bundestag.de

Wahlkreisbüro

T6, 19
68161 Mannheim
Telefon: 0621-12827 113
Fax: 0621-12827 167
birgit.reinemund@wk.bundestag.de

Dr. Birgit Reinemund · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Herrn Klaus Peter Schellhaas
Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-
Dieburg
64276 Darmstadt

www.birgit-reinemund.de

↳ für LT + KSt z.G.

BR/ih

Berlin, den 17. April 2013
BR/ih

Die Resolution des Kreistags des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Einführung einer Vermögensteuer

Sehr geehrter Herr Landrat,

mit Schreiben vom 02.04.2013 haben Sie dem Präsidenten des Deutschen Bundestages mitgeteilt, der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg fordere den Deutschen Bundestag auf zu prüfen, eine Vermögensteuer einzuführen.

In vielen Städte und Gemeinden wurden bereits ähnliche Resolutionen in die Gemeinderäte eingebracht. Der Oberbürgermeister meiner Heimatstadt Mannheim verweigerte die Behandlung dieses Resolutionsantrages mit Verweis auf die baden-württembergische Gemeindeordnung. Danach dürfen nur Tagesordnungspunkte aufgenommen werden, die „zum Aufgabengebiet des Gemeinderates gehören“ (§ 34 Abs.1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg). Die Rechtslage in Hessen ist möglicherweise anders. Dennoch stellt sich auch hier die grundsätzliche Frage, ob Parlamente Zeit, Steuergelder und Verwaltungskapazitäten auf politische Fragestellungen verwenden sollten, die erkennbar nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Inhaltlich gebe ich Folgendes zu bedenken: Das Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW hat errechnet, dass die Einführung einer Vermögensteuer nach dem SPD-Modell für ein mittelgroßes Unternehmen im Durchschnitt eine effektive Steuer Mehrbelastung von fast 110.000 Euro bedeuten würde, das wäre eine Mehrbelastung von rund 9 Prozent im Vergleich zum Status quo. Zudem führt eine Vermögensteuer besonders in renditeschwachen Zeiten dazu, dass Unternehmen die Vermögensteuer nicht mehr aus ihren Erträgen erwirtschaften können. Diese Steuer vernichtet dann die Vermögenssubstanz kerngesunder Unternehmen.

Befürworter der Vermögensteuer betonen häufig, man wolle Betriebsvermögen von dieser Besteuerung ausnehmen. Das ist allein schon deshalb irreführend, weil das Steueraufkommen, das man sich von der Vermögensteuer offenbar verspricht, mit der alleinigen Besteuerung von Privatpersonen nicht realisierbar ist. Außerdem ergeben sich hier verfassungsrechtliche Probleme und Probleme bei der Abgrenzung von Privat- und Betriebsvermögen. Die Äußerung des ehemaligen Bundesfinanzministers Steinbrück, dann hänge „der Picasso [...] nicht mehr im Wohnzimmer, sondern im Besucherzimmer [des] Betriebs“, mache ich mir allerdings ausdrücklich nicht zu eigen.



Dr. Birgit Reinemund
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Vermögensteuer trifft nicht in erster Linie Einkommensmillionäre, sondern kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat unsere Wirtschaft bilden und die eben nicht ins Ausland abwandern wollen und können. Sie gefährdet damit Arbeitsplätze und Wachstum in unserem Land. Damit ist keinem gedient – weder den Bürgerinnen und Bürgern noch den Kommunen und sicherlich auch nicht dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Als Vorsitzende des Finanzausschusses und kommunalpolitische Sprecherin meiner Fraktion bin ich mir der schwierigen finanziellen Situation vieler Kommunen in Deutschland bewusst. Deshalb haben wir, die christlich liberale Koalition, die Kommunen in den vergangenen Jahren nachhaltig entlastet, beispielsweise indem der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt.

Die Innovationskraft unserer Unternehmen, der Fleiß unserer Arbeitnehmer und die wachstumsfreundliche Politik der schwarz-gelben Koalition sorgen momentan für Rekordsteuereinnahmen. Davon profitieren auch die Kommunen. Warum angesichts dessen steuerliche Mehrbelastungen gefordert werden, die die Konjunktur abwürgen, ist unverständlich – umso schlimmer, dass dadurch Arbeitsplätze und die lokale Wirtschaftsstruktur bewusst gefährdet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Birgit Reinemund